Nr. 319 Abend-Ausgabe
B 157

Berlin

Dienstag, 9. Juli 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Ausm. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3965, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Konkordat angenommen

Vor überfüllten Tribünen, auf denen man sehr viele protestantische und katholische Geistliche bemerkt, wurde heute die dritte Lesung des Konkordats vorgenommen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Beratung der Mißtrauensanträge, die Deutschnationale und Kommunisten wegen des Universitätskonflikts gegen das gesamte Staatsministerium eingebracht haben. Die Antwort auf die Beschwerden der Antragsteller wird Ministerpräsident Braun erteilen.

Im allgemeinen begnügen sich die Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und der Wirtschaftspartei, heute mit kurzen Erklärungen.

Abg. Dr. **Heß** (Z.) sprach die tiefe Befriedigung des Zentrums darüber aus, daß der Grundsatz der Toleranz von dem neuen Staate in so vornehmer und kluger Weise durch den Abschluß des Konkordats gehandhabt worden sei. Der Redner begglückwünscht am Schluß den neuen Staat dazu, daß er den Toleranzgedanken an den Anfang seiner Geschichte gestellt habe. Das Zentrum nehme das als ein gutes Omen für seine weitere glückliche Entwicklung.

Für die Volkspartei erklärte Abg. **Stendel**, daß seine Partei ihre Bedenken nicht habe aufgeben können, und daß sie den Gesetzentwurf ablehnen werde.

Ebenso unterstreicht der deutschnationale Redner **Koch-Dehnhausen** noch einmal kurz die Forderungen seiner Partei, und erst der Abgeordnete von **Detten** (Wirtschp.) macht längere Ausführungen über die Parität in der Behandlung der Kirchen.

Die Deutsche Fraktion erscheint gleich mit drei Rednern. Der Redner des völkischen Blocks spricht sich gegen das Konkordat aus, das dem völkischen Geiste widerspreche. Der Redner der Christlichnationalen Bauernpartei stellt fest, daß die Abstimmung in der Deutschen Fraktion freigegeben worden sei. Der Deutsch-Hannoveraner **Prelle** stimmt für seine Freunde dem Konkordat zu.

Darauf verließ der Abgeordnete Goldau, der als Katholik der deutschnationalen Fraktion angehörte, eine Erklärung, daß er aus Gewissensgründen im Gegensatz zu seinen bisherigen deutschnationalen Freunden für das Konkordat stimmen werde.

Die Deutschnationalen erwiderten mit einer Erklärung, in der es heißt:

„Der Abgeordnete Goldau ist heute aus der Deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtags ausgeschlossen worden. Im Verlauf des Briefwechsels zwischen ihm und dem Fraktionsvorsitzenden über die Abstimmung beim Konkordat hat der Abgeordnete Goldau eine schwer beleidigende Redewendung („entehrende Haltung") gegen die katholischen Fraktionsmitglieder gebraucht, die sich selbst dadurch schwer beleidigt fühlen und mit ihnen die evangelischen Mitglieder der Fraktion. Trotz eindringlicher Vorstellungen hat der Abgeordnete Goldau sich nicht bereitfinden lassen, diese Beleidigung zurückzunehmen."

Im weiteren Verlauf der Debatte teilt der Wirtschaftsparteiler **Hellermann** mit, daß seine Fraktion einen Antrag einbringen wolle, wonach das Konkordat gleichzeitig mit dem Vertrag mit den evangelischen Kirchen und zwar spätestens am 1. Januar 1930 in Kraft treten soll.

Nach einer langen Erklärung des Kommunisten Dr. **Ausländer** machte ein Schlußantrag weiteren Ausführungen von kommunistischer Seite ein Ende.

Der Abgeordnete **Goldau** erklärte nach Schluß der Debatte eine persönliche Bemerkung über seinen Ausschluß, daß er von Anfang an aus seiner Haltung kein Hehl gemacht habe, daß **auch andere katholische Mitglieder der Fraktion seinen Standpunkt teilten** und daß der Vorwurf, beleidigende Ausführungen gegen seine Fraktionsgenossen getan zu haben, nicht zutreffe.

Dann forderte der Abgeordnete **Schulz-Neukölln** (Komm.) die Aussetzung der Abstimmung, bis das Staatsministerium eine genaue, spezifizierte Aufstellung über das Eigentum der Kirche, ihre Steuern und dergleichen vorgelegt habe. Seine Fraktion fordert die namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Das Haus nimmt die namentliche Abstimmung vor, die zur Ablehnung führt.

Die Abstimmungen

Artikel 1 wird mit 324 gegen 92 Stimmen der Kommunisten, Deutschen Volkspartei und Nationalsozialisten angenommen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei, das gleichzeitig mit dem katholischen Konkordat ein Vertrag mit den evangelischen Kirchen in Kraft treten müsse, spätestens aber am 1. Januar 1930, wurde in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Zum Artikel 2 des Gesetzes hatten die Deutschnationalen den Abänderungsantrag gestellt, daß es gleichzeitig mit einem evangelischen Konkordat in Kraft treten soll. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Artikel 2 des Gesetzes wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 173 Stimmen angenommen. In der Opposition befanden sich Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, einige Christlichnationale Bauern, Nationalsozialisten und Kommunisten.

In namentlicher Schlußabstimmung wurde dann der Vertrag mit 243 gegen 172 Stimmen angenommen. Als das Ergebnis bekannt wurde, sieht man, wie der Ministerpräsident Otto Braun auf den Kultusminister Dr. Becker zugeht und ihm glückwünschend die Hand schüttelt.

Für wen spricht der Langnam-Verein?

Bericht für die „Vossische Zeitung"

Essen, 9. Juli

Die Tagung des „Langnam-Vereins" sollte, so sagte das Programm, dazu dienen, die dem Verein angeschlossenen Kreise zu dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz Stellung nehmen zu lassen, ein Versammlungszweck, der sicherlich zu begrüßen war, leider aber nicht verwirklicht wurde. Der Vorstand des Vereins hatte bereits vor der Versammlung die Entschließung gefaßt, in der der Young-Plan abgelehnt wird. Er hat also, wie auch der Verlauf der Versammlung ergab, lediglich seine Stellung den Mitgliedern mitgeteilt. Zwar sprach als ein Vertreter der Wissenschaft Professor Dr. Adolf Weber, München, der die Vorzüge des Dawes-Plans, wie er sein sollte, mit denen des Young-Planes verglich, ohne sich positiv für den einen oder andern zu entscheiden. Zwar sprach ferner auf Einladung des Vereins der Berliner Schriftsteller Dr. Gustav Stolper, der seine Entscheidung für den Young-Plan mit weitgehenden Konzessionen an die Mentalität einiger mit einer Katastrophenpolitik spielenden Persönlichkeiten verbrämte. Weiter auch hatte man einen Herrn aus Hamburg geladen, um für die Ablehnung des Young-Planes zu sprechen. Es hat sich sogar ein Vertreter der märkischen Eisenindustrie eingefunden, der sich in gleichem Sinne aussprach. Im Mittelpunkt der Tagung standen jedoch zweifellos die Referate der Generaldirektoren Reusch und Vögler, deren Standpunkt bereits bekannt war. Geheimrat Kastl, als eines der Delegationsmitglieder, beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Voraussetzungen für die Erfüllung des Young-Planes zu zeichnen. So hat also der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen den Young-Plan auf einer „großartigen" Kundgebung abgelehnt. Es hat auch nicht an Beifall gefehlt, als die einzelnen Referenten jeweils ihre Ausführungen mit mehr oder weniger pathetischen Worten schlossen. Trotzdem sind wir der Meinung, und werden darin bestärkt durch das Urteil besonnener Kreise, daß die verschiedenen Interessen der Wirtschaft in Rheinland und Westfalen es nicht zulassen, die vom Vorstand des Langnamvereins kundgegebene Einstellung für die gesamte Wirtschaft seines Gebiets zu verallgemeinern.

Bedenkt man, daß der Young-Plan der deutschen Wirtschaft, wenn auch nicht alle aus mehr oder weniger optimistischen Auffassungen heraus erhofften Erleichterungen, so doch immerhin eine beachtliche Entlastung in Aussicht stellt, so muß es auf den ersten Blick wundernehmen, daß gerade diejenigen Kreise, die seit Jahren am lautesten über die Fesseln klagen, die der Wirtschaft durch die hohen Steuerlasten angelegt sind, jetzt eine teilweise Befreiung sogar ablehnen. Aber bei näherer Betrachtung liegt die Lösung dieses Rätsels keineswegs fern. Es ist nicht der erste Fall in der deutschen Nachkriegspolitik, daß sich gewisse Kreise darauf verlassen, daß verantwortungsbewußtere Politiker internationale Abmachungen unterzeichnen, die sie zwar ablehnen, deren Vorteil sie jedoch an erster Stelle für sich beanspruchen.

Man konnte in Düsseldorf heute schlechterdings nicht über die Verteilung der durch den Young-Plan gewonnenen finanziellen Entlastungen debattieren. Wie stark aber doch (vielleicht mehr im Unterbewußtsein) diese Frage die Gemüter bereits jetzt bewegt, ging eigentlich ganz eindeutig aus dem Referat des Vereinsvorsitzenden Reusch hervor, der seine bekannten Ausführungen über die hohen Lohn-, Sozial- und Steuerlasten mit etwas neueren, aber darum nicht weniger aufschlußreichen Ziffern wiederholte. Was soll u. a. der Vergleich der heutigen Löhne mit denjenigen der ersten Nachinflationszeit besagen, wenn diese damals im Einverständnis mit der Arbeiterschaft unter das primitivste Existenzminimum herabgedrückt wurden, weil die Arbeiterschaft bewußt und in Erwartung einer späteren Revision die Vorleistung übernahm, um die deutsche Wirtschaft aufzubauen? Mit dem Verschuß, bei der Arbeiterschaft heute nochmals das Ventil zu suchen, das zur Beseitigung der wie auch immer geartelten Kalamität geöffnet werden könnte, wird man die Verständigung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft nicht herbeiführen können, nachdem sich das Unternehmertum seit fünf Jahren jede auch noch so geringe und berechtigte Lohnerhöhung nur durch Zwangsschiedssprüche hat abringen lassen.

Die Verständigung ist auch heute wieder in Düsseldorf, und zwar mit Recht, als unerläßliche Voraussetzung für die Erfüllung der übernommenen Reparationsverpflichtungen bezeichnet worden. Sie ist jedoch, das sollte endlich erkannt werden, nicht zu diktieren. Wenn es richtig ist, daß, wie Professor Weber ausführte, letzten Endes die breiten Massen der Bevölkerung die Last der Tribute zahlen müssen,

Groener über Schwarz-Rot-Gold

Reichswehrminister Dr. Groener hat bei einem Besuch der Marineschule Mürwik auch über die Flaggenfrage gesprochen. „Wenn heute auf diesem Hause neben der Kriegsflagge Schwarz-Weiß-Rot die neue Reichsflagge weht, Schwarz-Rot-Gold, so soll das bedeuten, daß die beiden zusammengehören, daß nicht ein Gegensatz besteht, daß nicht daraus geschlossen werden kann, die Wehrmacht ist etwas anderes als das Reich, ist etwa ein Staat im Staate. Die Wehrmacht ist nichts als ein Teil, ein wichtiger Teil des ganzen Volkes und ist das Machtinstrument der Deutschen Republik, an dem von keiner Seite gerüttelt werden darf.

Wenn die Flaggen oben friedlich zusammenwehen, so bedeutet das die Verbindung der Vergangenheit mit der Zukunft, und zwar die Verbindung einer Vergangenheit nicht etwa nur von 1914 und kurz vorher oder der Vergangenheit seit 1870, sondern es bedeutet die Verbindung mit einer sehr viel früheren Vergangenheit. Denn die Farben Schwarz-Rot-Gold haben eine sehr viel längere Vergangenheit als die schwarz-weiß-roten. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten.

Insbesondere hier in Schleswig-Holstein muß es einem zu entgegentreten, daß der erste Befreiungskampf von Schleswig-Holstein stattfand unter dem Flattern von Schwarz-Rot-Gold. Und noch weiter zurück gehen die Farben auf die alten Burschenschaften, auf die Lützowschen Jäger, ja, letzten Endes bis auf die Hohenstaufen in den Farben schwarz und gold. Es ist in diesen Farben ein Vermächtnis aus uralter Zeit zu sehen.

Wenn wir nun in Erinnerung an die Einigung des deutschen Volkes und an die Waffentaten der alten Wehrmacht in unserer Kriegsflagge die Farben schwarz-weiß-rot führen dürfen, so entsteht daraus für uns Soldaten die ganz besondere Verpflichtung, auch die Farben der Deutschen Republik hochzuhalten, der wir Treue geschworen haben.

Deutscher Schritt in London und Paris

Paris, 9. Juli. (W. T. B.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hat im Verlauf seiner Unterredung mit Außenminister Briand über die Vorbereitung der Regierungskonferenz dem französischen Außenminister eine Aufzeichnung unterbreitet, die für den organisatorischen Aufbau dieser Konferenz deutsche Vorschläge enthält. Dieses Dokument ist, wie verlautet, auch in London, Rom und Brüssel überreicht worden. Es wird der Vorschlag gemacht, beschleunigt die im Anhang zum Youngplan vorgesehenen Organisationskomitees zusammentreten zu lassen, und zwar, wenn irgend möglich, bereits am 15. Juli in Berlin.

0096